



# Zwischen Mutlosigkeit und Korruption

Die Debatten über das Budget griffen allesamt zu kurz, weil sie die Strukturen nicht infrage stellen. Den Politikern fehle es an Mut. Das war die Expertenanalyse beim Montagsgespräch des STANDARD.

Conrad Seidl

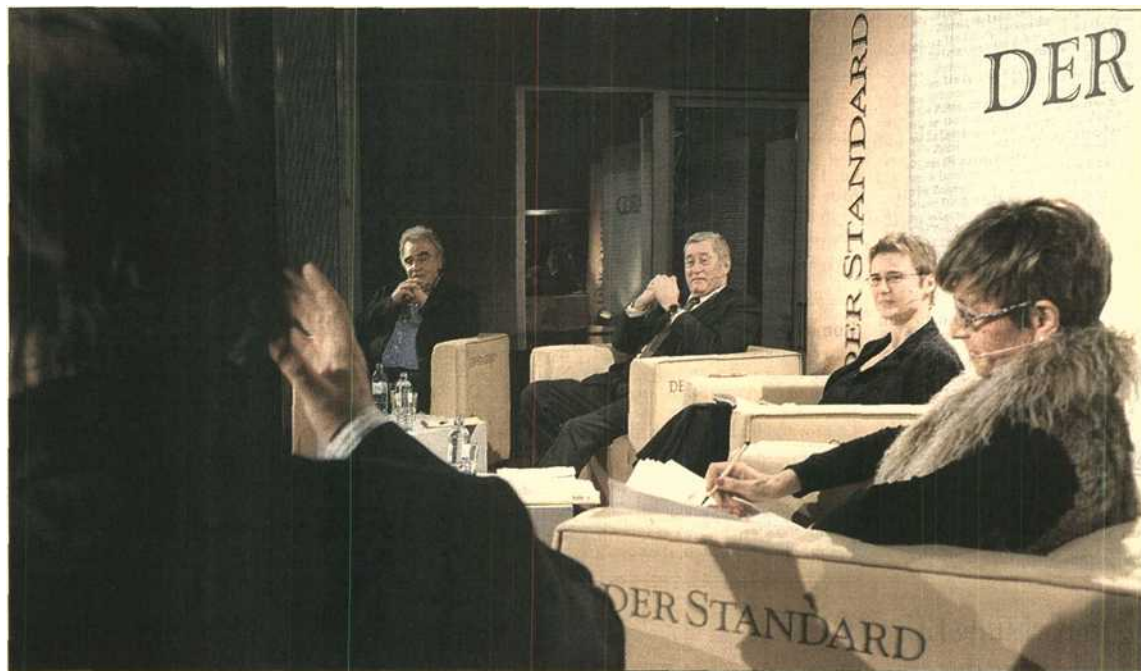
Als Finanzminister sollte man wohl in Erfahrung bringen können, wie viele Mitarbeiter es an den österreichischen Bezirkshauptmannschaften gibt. Auch einem ehemaligen Finanzminister sollte das keine große Mühe machen, dachte Hannes Androsch, Finanzminister von 1970 bis 1981 – aber er scheiterte. Etwa 7000 seien es, hochgeschätzt aus verfügbaren Daten. Oder: etwa ein Siebentel bis ein Sechstel der Bediensteten aller Ämter der Landesregierungen. „Aber was diese machen, ist nicht zu erkennen – bei den Bezirkshauptmannschaften passiert dagegen die Verwaltung bürgernahe“, sagt Androsch.

Er positioniert sich im Montagsgespräch des STANDARD ganz eindeutig als Kritiker der Länder, vor allem aber ihrer Hauptleute: „Ich mache darauf aufmerksam: Ein Landeshauptmann ist ein Organ der mittelbaren Bundesverwaltung, im Rang eines Staatssekretärs. Bezahlt wird er vom Bund.“ Wie es sich da einzelne Landeshauptleute herausnehmen könnten, einen Minister als einen zu mindernden Gesprächspartner abzuqualifizieren und überhaupt nur mit dem Bundeskanzler reden zu wollen, sei in Wirklichkeit nicht erklärbar.

Oder eben doch: mit der Realverfassung, in der es eine Pattstellung und festgefahrene Strukturen gibt.

Ja, die Realverfassung. Der Ex-Politiker kennt sie gut, kennt auch die seinerzeitigen Klagen, dass die wahre Macht im Lande bei den Sozialpartnern liege. Fast scheinen ihm sentimental-nostalgische Gefühle hochzukommen: „Früher hat es ersatzweise die Sozialpartner gegeben, die Anstoß vermittelt haben.“ Aber heute kann oder will sich niemand in der Politik bewegen, im Vertrauen sagten ihm aktive Politiker schon mal: Es wäre aus ihrer Sicht das Beste, wenn sich nichts ändern würde.

Aber Veränderung – das war ja das Metathema, zu dem Moderator Gerfried Sperl geladen hatte,



Gerfried Sperl (links, von hinten) moderiert Johannes Voggenhuber, Hannes Androsch, Margit Schratzenstaller und Ingrid Korosec. F

als er „Budget: Wo bleiben die Reformen?“ ins Programm des Montagsgesprächs geschrieben hatte.

Die kurze Antwort auf Sperls Frage: Sie bleiben stecken. Die lange gibt nicht nur Androsch als Erklärung dazu: Ein Teil der Akteure kann wohl nicht, der andere will erst gar nicht.

In weitgehendem inhaltlichem Gleichklang zu Androsch, der zustimmend nickt, sagt der Ex-Grü-

”

**Ich mache darauf aufmerksam: Ein Landeshauptmann ist ein Organ der mittelbaren Bundesverwaltung im Rang eines Staatssekretärs.**

**Hannes Androsch**

“

nen-Politiker Johannes Voggenhuber: „Ich würde gerne klarstellen: Das Land hat die Ressourcen, seine Probleme zu lösen. Aber diese Ressourcen liegen mit Sicherheit nicht in der Politik.“

Das zeige sich ja schon an der Hinnahme der Verzögerung bei der Budgeterstellung: „Die Regierung sagt: Wir san die Regierung, was brauch ma a Verfassung? Und

des Parlament? Des Parlament – des wird a Verfassungsklage machen?“ Ins höhnische Lachen fällt ein Teil des Publikums ein.

Denn darüber herrscht auf dem Podium ebenso wie im Publikum weitgehender Konsens: Aus dem Parlament ist eine kreative Gestaltung der Politik, nicht zu erwarten – und gegen die eigene Regierung würde die Parlamentsmehrheit ohnehin nicht aufmucken.

„Dieses Parlament ist gar nicht in der Lage, Gesetze zu machen“, sagt Voggenhuber, der als ehemaliger EU-Abgeordneter (1995 bis 2009) weiß, dass im europäischen Parlament jeder einzelne Ausschuss über einen eigenen Legislativdienst verfügt. Der österreichische Nationalrat aber kommt ganz ohne professionelle Gesetzesformulierer aus – er müsse im Zweifel annehmen, was ihm aus den Ministerien vorgelegt wird.

Und die Regierung lasse sich von den Landeshauptleuten sagen, was sie zu tun oder (häufiger) zu lassen hätte. Das konstatiert auch die Wirtschaftsforscherin Margit Schratzenstaller. Effizienzpotenziale – „da gehört auch die Evaluierung von Infrastrukturprojekten dazu“ – könnten gehoben werden, wenn man wirklich dazu entschlossen wäre und einen gesamthaften Zugang wählte.

Aber der werde nicht einmal ge-

sucht. Beispiel Spitalsreform: „Wir reden nicht darüber, welche Kapazität wir langfristig brauchen, sondern wir reden über einzelne Schließungen wie Bad Aussee – und da ist dann jeder dagegen.“ Das ist Androschs Revier, er erläutert die medizinische Unsinnigkeit, in Aussee eine chirurgische Abteilung aufrecht zu erhalten, in der die Ärzte kaum Erfahrung gewinnen können. Und gei-

”

**Im Verfassungskonvent sind tolle Sachen ausgearbeitet worden, aber das braucht Mut. Moderne bürgerliche Kräfte muss man mit der Lupe suchen.**

**Ingrid Korosec**

“

belt sogleich die Schulen am Ort: Da würden zwei Hauptschulen betrieben, damit es je einen roten und einen schwarzen Direktor gibt – „nur Schüler gibt's immer weniger, aber das stört keinen“.

Androsch nimmt es zum Anlass, für sein kommendes Bildungsvolksbegehren zu werben. Und Ingrid Korosec, langjährige

ÖVP-Politikerin und Volksanwältin (1995 bis 2001) nimmt den Ball auf, um für ihr Buch „Gesunde Zukunft“ (Edition Steinbauer) zu werben: Sie verweist darauf, dass es im Gesundheitswesen 4000 verschiedene Geldströme gibt, sie geißelt den „Unsinn der Hacklerregelung, den jeder kennt“ und den sich doch keiner zu ändern traue. Überhaupt: „Im Verfassungskonvent sind tolle Sachen ausgearbeitet worden, aber das umzusetzen, braucht Mut. Moderne bürgerliche Kräfte muss man mit der Lupe suchen.“

Ein Hauch von Resignation macht sich breit. Niemand will Voggenhuber widersprechen, als dieser klagt, dass es keine entwickelte Demokratie im Land gäbe. Und keiner sagt etwas dagegen, als er den Vorwurf erhebt: „Partei-buchwirtschaft ist organisierte Korruption und Grundrechtsverweigerung.“

Im Gegenteil. Aus dem Publikum ergreift schließlich der Manager Claus Raidl das Wort, stimmt Voggenhuber zu und benennt den Grund für die Trägheit der Bundesparteien: „Jeder Bundesparteiohmann ist von den Landeshauptleuten abhängig. Die sind auch Landesparteiohnmänner und drohen, ihm das Geld abzdrehen. Den Kommunismus haben wir überlebt, aber im Föderalismus werden wir ersticken.“